



Berlin, 05. September 2009

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch dieses Magazin hat die Bundestagswahl am 27. September 2009 zum zentralen Thema. Wir stellen Ihnen in dieser Ausgabe die Wahlprogramme vor, soweit diese steuerpolitische Aussagen enthalten. Von umfangreichen Steuersenkungen auf der einen Seite bis zu höherer Besteuerung der Vermögenden auf der anderen Seite reicht die Palette der Vorschläge.

Jede Partei verspricht sich von ihrer Programmatik, dass sie von einem Teil der Bevölkerung aufgrund dieser Aussagen gewählt wird. Wenn man die jüngsten Ergebnisse der Meinungsforschung betrachtet, glauben fast 70 % der Befragten nicht an die Versprechen von Steuersenkungen. Wenn die FDP und verhalten auch die CDU/CSU solche Absichten dennoch propagieren, wollen sie damit Wähler anlocken.

Ich meine die Bürgerinnen und Bürger sind mündiger als die Parteien ihnen dies zutrauen. Die Menschen in Deutschland haben mitbekommen, dass die öffentlichen Hände zum Jahresende wahrscheinlich mit 1,8 Billionen € verschuldet sind. Nur 1 Prozent Zins, heißt 18 Mrd. € Zinsen pro Jahr. Selbst der Staat erhält seine Kredite nicht mit 1 Prozent Verzinsung. Auf jährlich 70 Mrd. € wird der Schuldendienst anwachsen. Der Schuldenberg ist also wahrlich eine große Hypothek für die Zukunft. Wenn die Wählerinnen und Wähler dennoch die Aussagen über Steuersenkungen vernehmen, glauben sie ihnen nicht und fühlen sich schon vor Abgabe des Stimmzettels durch Ankündigungen belogen. Weshalb die Parteien dennoch damit rechnen, dass sie deswegen gewählt werden, kann ich nicht nachvollziehen.

Betrachtet man aus unserer Sicht als Steuerbeamte die ablaufende Legislaturperiode ist objektiv festzustellen, dass die jetzige Bundesregierung ihre Sache recht ordentlich gemacht hat. Als Tarifpartner konnten wir im öffentlichen Dienst ein einigermaßen zufriedenstellendes Ergebnis erreichen.

Positiv zu werten ist, dass Bundesregierung und Bundestag das Tarifergebnis 1:1 auf die Beamten übertragen haben. Diese Bundesregierung hat das Restweihnachtsgeld sicher gemacht, sie hat eine Dienstrechtsreform verabschiedet und die Besoldungsstruktur neu geregelt. Auch wenn nicht alle unsere Forderungen aufgenommen wurden, ist das Ergebnis nach meiner Wertung dennoch zufriedenstellend.

Steuerpolitisch wurde ebenfalls vieles bewegt. Es wurden Schlupfwege für Steuervermeidung geschlossen. Die Bundesregierung hat die Bundesländer gedrängt, öfter und intensiver zu prüfen um gerecht zu besteuern und dafür ggf. mehr Personal einzusetzen.

Finanzminister Steinbrück hat sich erheblich engagiert, die Steueroasen trocken zu legen, Steuerhinterziehung zu bekämpfen und eine gerechte Besteuerung durchzusetzen. Den Zirkus mit der Pendlerpauschale hätte er sich sparen können, wenn er auf die DSTG gehört hätte. Den vom Verfassungsgericht erzwungenen besseren Abzug der Krankenkassenbeiträge hätte man einfacher gestalten können. Ein Sündenfall ist und bleibt die Einführung der Abgeltungsteuer. Sie begünstigt in verfassungsrechtlich bedenklicher Weise die Einkünfte aus Kapitalvermögen ganz einseitig und führt so zu dem ungerechten Ergebnis, dass die Einkommen aus Arbeit höher besteuert werden als die Einkommen aus Kapitalbesitz. Dies entspricht nicht dem Gerechtigkeitsprinzip der Bevölkerung. Hier wird das Bundesverfassungsgericht wieder Recht sprechen müssen, um die Steuergerechtigkeit herzustellen.

Trotz dieser Kritik muss man, so meine ich, mit der Regierungstätigkeit im Allgemeinen zufrieden sein. Bei einer Fortsetzung der großen Koalition weiß man, woran man ist. In anderen Konstellationen werden die Sachzwänge die Wahlversprechen relativieren.

Wir als Angehörige des öffentlichen Dienstes haben ein Interesse daran, dass Deutschland weiterhin gut regiert wird. Deshalb muss es für uns selbstverständlich sein, zur Wahl zu gehen. Wir alle wollen, dass die nächsten 4 Jahre nicht schlechter sondern besser werden. Dazu sollten wir mit unserem Stimmzettel beitragen. Jeder nach seiner Überzeugung.

Mit kollegialen Grüßen

Ihr
Dieter Ondracek
(DSTG Vorsitzender)